

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 12

Artikel: Der Kampf ums "Netz"
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-697091>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kampf ums «Netz»

Eine Allianz von Geheimdiensten und privaten Online-Giganten ergreift die Macht im Internet. Dies hat der Whistleblower Edward Snowden aufgedeckt. Wie war das möglich? Und was geschieht, wenn nichts geschieht? Die Frage drängt sich auf. Warum brauchte es einen Whistleblower, der auf die grenzenlose Überwachung ohne demokratische «checks and balances» mit gravierenden Auswirkungen auf die Presse- und Meinungsfreiheit aufmerksam machen musste? Wie ist es zu dieser verkappten Kumpanei zwischen Geheimdiensten und privaten Internetkonzernen gekommen, welche die Dominanz der USA im Internet noch weiter verstärkte?

Die einen werfen die Netze aus, die anderen füllen sie mit personenbezogenen Daten. So funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Washington und Silicon Valley (Google, Microsoft, Facebook, Apple, Amazon). Es ist eine Art «Public-private Partnership», in der sich wirtschaftliche, geheime und öffentliche Interessen vermischen. Dieses Geschäftsmodell funktioniert aber nur, wenn die wirtschaftliche Ausbeute von Privatdaten und nicht ihr Schutz oberste Priorität hat. Staatliche Geheimdienste und die private Datenökonomie sitzen also im gleichen Boot. Beide sammeln Daten, und beiden geht es um eine Neudeinition oder besser gesagt Abschaffung von Privatsphäre. Den einen aus Gründen der nationalen Sicherheit, den anderen aus wirtschaftlichen Überlegungen.

Die befreiende Kraft der Digitalisierung – eine Illusion

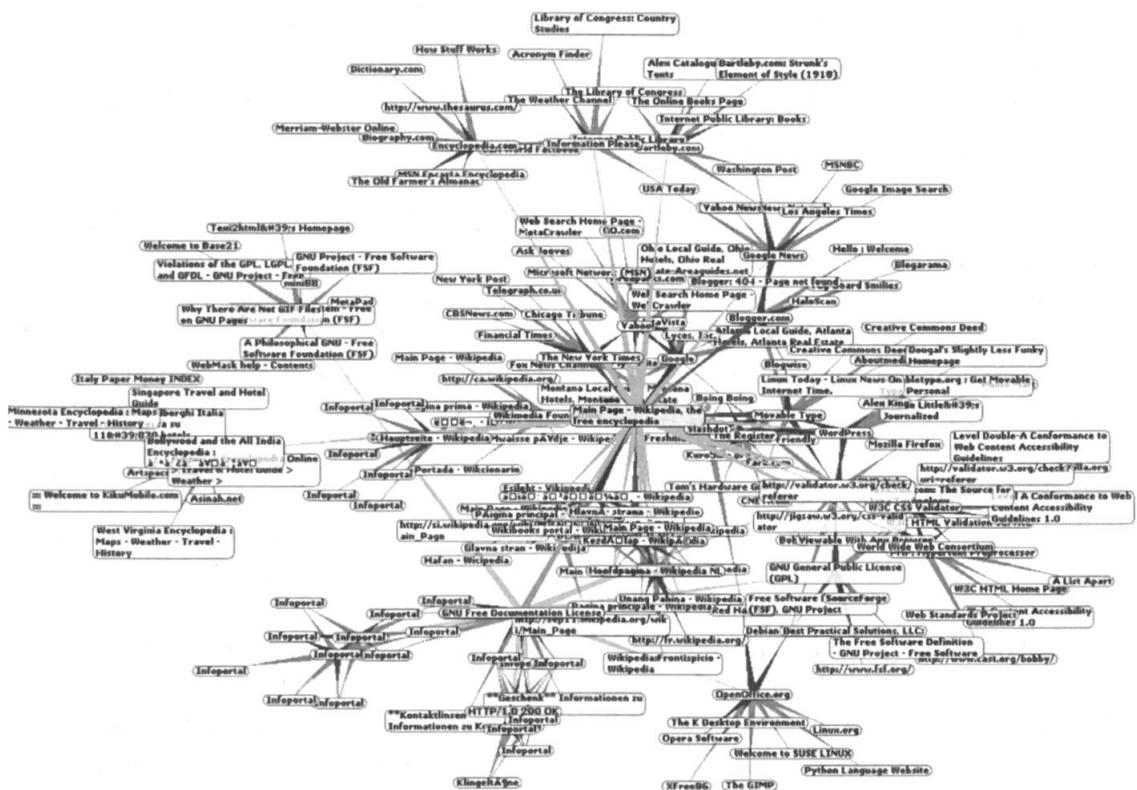
Genf im Dezember 2003. Hier fand der «UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft» (Wsis) statt, der sich mit den Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Gesellschaft beschäftigte. Am Wsis gab es damals sehr wohl kritische Stimmen, die genau auf die brisante Thematik aufmerksam machten, die dank Snowden zehn Jahre später enthüllt wurde. Sie fanden aber kein Gehör. Schliesslich herrschte damals noch weitgehend ein Konsens: Die Digitalisierung ist eine befreiende Kraft, die uns notwendigerweise in eine bessere Zukunft führen wird. Kein Geringerer als US-Vizepräsident Al Gore verhiess eine neue «Athenische Demokratie». Dank Internet, prophezeite der Technologie-Begeisterte Gore, könnten die Bürger ihre Kontrolle über den Staat verbessern. «In Zukunft winkt der gläserne Staat, der vor seinen Bürgern nichts mehr verheimlichen und keine Meinung mehr durch Zensur unterdrücken kann», kommentierte der «Tages Anzeiger» (12.12.2003) die Grundsatzklärung des UNO-Weltgipfels. Und am

WEF in Davos durfte 1996 der Internet-Pionier John Perry Barlow «Die Unabhängigkeit des Cyberspace» ausrufen.

Technologien verändern Machtverhältnisse

Heute zeigen Snowdens Enthüllungen ganz andere Realitäten. Wir sind Opfer eines naiven Internetglaubens geworden, der davon ausging, im Grunde müsste man nur Wissen zugänglich machen und dann würde sich alles von selbst lösen. Eine libertäre Haltung hatte die Ablehnung von staatlichen Institutionen, von Regulierungen und Eimmischung zur Folge. Jetzt muss sogar die Internetszene

und eigentlich selbstverständliche Einsichten so lange ignoriert wurden? Ein Rückblick auf den erwähnten UNO-Gipfel erklärt vieles. Ein Beispiel: Es war und ist bis heute unbestritten, dass die freie (nicht lizenzierte) Software als billigere und innovativere Alternative für arme Länder des Südens, aber auch für die von Steuergeldern abhängigen Bildungsanstalten und die öffentliche Verwaltung in den reichen Staaten, gefördert werden muss. Der gebündelten Lobby von US-Delegation und Microsoft gelang es aber, diese Empfehlung aus dem Entwurf für die Grundsatzerklärung des WsIS hinauszukippen. Die US-Regierung half



*Grafische Darstellung
der Vernetzung
einiger Seiten des
Online-Lexikons
Wikipedia im World
Wide Web.
Bild: Archiv Baer*

Bild: Archiv Baer

zur Kenntnis nehmen. Revolutionäre neue Technologien legen nicht nur den Grundstein für E-Commerce oder E-Learning und soziale Netzwerke, sie machen auch neue Machtverhältnisse und neue Formen der Machtausübung möglich. Ewgeny Morozow, ein Kritiker der Internetgläubigen, ist überzeugt: «Der wahrscheinlich wichtigste Effekt von Snowdens Enthüllungen ist die Einsicht: Technologien sind Macht».

Wie war es möglich, dass so zentrale

dem Softwaregiganten Microsoft, seine Monopolstellung zu verteidigen. Microsoft seinerseits bedankte sich für diese wichtige Hilfeleistung und wurde für die NSA als Datensammler tätig.

Auch die Schweiz gab nach

Auch das Gastgeberland Schweiz hat damals dem Druck von Microsoft nachgegeben. In einem Positionspapier hatte die Schweiz zuerst für die freie Software plädiert, war dann aber bereit, in der

Grundsatzklärung die Formulierung zu akzeptieren, die Wahl der Software sei eine «neutrale, rein technische Frage».

Die Formulierung «neutrale, rein technische Frage» entsprach der ideologischen Gesamtausrichtung des Gipfels, der von der «Internationalen Fernmeldeunion» (ITU) organisiert worden war. In der ITU geben seit der Liberalisierung der Telekommunikation mächtige private Telekommunikationsunternehmen den Ton an. Ihr Ziel war es, einen Gipfel zu organisieren, der die Info-Technologie und nicht die Infogesellschaft zum Hauptthema mache.

Der Aufbau «neuer Leitungen» stand im Zentrum, aber nicht das, was in diesen «Leitungen» transportiert wird und wer diese Ströme kontrolliert. Dass beides nicht voneinander zu trennen ist, dass die technische und wirtschaftliche Vormachtstellung von Firmen wie Microsoft auch Macht über die ideologische und kulturelle Ausrichtung der Gesellschaft bedeutet, darauf aufmerksam machte Lawrence Lessig (Harvard Universität). Der amerikanische Intellektuelle durfte seine Ansichten an einem «Panel für Visionäre» aussprechen. Seine «Visionen» verhallten am UNO-Gipfel und hatten keinen Einfluss auf die Grundsatzklärung.

Reformvorschläge abgeschmettert

Die realen Machtverhältnisse zu spüren bekamen auch führende Länder des Südens und die EU, die versuchten, die Dominanz der USA in der Verwaltung des Internets in Frage zu stellen. Bis heute verwaltet eine private kalifornische Stiftung (ICANN) den «Cyberspace». ICANN steht unter Aufsicht des US-Handelsministeriums. Dass ein einziges Land eine so wichtige globale Infrastruktur wie das Internet kontrollieren kann, sei nicht mehr tragbar, so die Kritik. Die Aufsicht über das Internet müsse internationalisiert werden. Die US-Delegation reagierte indigniert. Wenn die Netzverwaltung einer UN-Organisation übertragen

werde, könnten auch autoritäre Regime mitreden, denen es um Kontrolle des Internets gehe. «Wir, die USA, sind die Garanten der Internetfreiheit.» Mit solchen Beteuerungen wurden die Reformvorschläge abgeschmettert. Nach Snowdens Enthüllungen wissen wir, wie solche Beteuerungen einzustufen sind.

Unter dem Vorwand der Sicherheit und Terrorismusbekämpfung begannen die Regierungen in den USA und Großbritannien die Kontrolle über das Internet wieder zurückzugewinnen, die ihnen vor 9/11 zu entgleiten drohte. Neue Techniken zur Überwachung wurden entwickelt, welche das Internet von einem demokratischen Medium in ein Medium der Kontrolle umdrehten.

Scheingefecht der Technologiekonzerne

Eine heuchlerische Rolle spielen heute die grossen US-Internetkonzerne. Gut zwei Dutzend von ihnen, darunter Apple, Facebook, Google und Microsoft, fordern in einem offenen Brief von der US-Regierung mehr Transparenz bei der Überwachung ihrer eigenen NutzerInnen. Sie wollen detaillierte Zahlen zu Anfragen von US-Geheimdiensten nach Nutzerdaten veröffentlichen dürfen. Der Patriotic Act, der die Internetkonzerne zur Zusammenarbeit mit der NSA verpflichtet, gilt seit 2001. Es ist also anzunehmen, dass schon damals die US-Geheimdienste flächendeckend Daten von den IT-Konzernen abschöpften. Erst zehn Jahre später und nach Snowdens Enthüllungen sehen sich die Online-Riesen veranlasst, von der NSA mehr Transparenz zu verlangen.

Die Internetkonzerne haben jetzt ein vitales Interesse, die NSA öffentlich zu kritisieren. Die negativen Schlagzeilen über die NSA gefährden auch ihr Ansehen, will heißen, die Profite der US-amerikanischen Datenmultis. Für Google, Amazon und Facebook steht nicht weniger als ihre globale Dominanz in der neuen Datenindustrie auf dem Spiel.

Wenn beispielsweise Europa und Brasilien als Reaktion auf die US-Hegemonie im Internet eine eigene Infrastruktur des Datenverkehrs aufbauen würden, was laut Experten technisch möglich ist, könnten sie damit die Komplizen der NSA aussperren. Die IT-Monopolisten wollen das mit allen Mitteln verhindern.

Es geht um ihren lukrativen Handel mit Daten, einer «neuen Art von Rohstoff», der mit Kapital und Arbeit zu vergleichen ist (World Economic Forum). Die Kosten des «Data-Mining» (Sammeln von Daten), so berechnet Eric Siegel (Predictice Analytics: The Power to Predict Who Will Click, Buy, Lie, or Die), betragen auf einen User umgerechnet nur einen halben Cent. Die Daten desselben Users bringen der Werbung im Ökosystem des Internets aber rund 1200 Dollar im Jahr ein. Deshalb werden Facebook oder Google von Wallstreet mit Dutzenden von Milliarden bewertet. Die enorme Profitabilität des neuen «Informationskapitalismus» (Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ) werde den Wert des Internets 2022, so Schätzungen der Networking Firma Cisco, auf astronomische 14,1 Billionen Dollar an schnellen lassen.

So wird der Kunde ein Produkt

Die Enthüllungen Snowdens haben uns auf die Geheimdienste fixiert und die Gefahr eines totalen Überwachungsstaates heraufbeschworen. Dennoch blieb die grosse Empörung bislang aus. Der polnische Soziologe Zygmund Baumann erklärt dieses Phänomen als Folge der Digitalisierung des sozialen Lebens. Am meisten Angst habe heute der Einzelne nicht vor der Ausforschung seines freiwillig offengelegten Privatlebens, sondern vor dem Gegenteil. Er habe Angst vor der digitalen Ausgrenzung. «Das Beobachtet- und Gesehenwerden hat sich aus einer Bedrohung in eine Freude verwandelt: Du bist nicht mehr allein.» (Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2013)

Aber um gesehen zu werden, ist der User gezwungen, sich selber als Ware anzubieten, als Produkt, das wiederum Nachfrage weckt und KundInnen anzieht. Dazu stehen «nutzerfreundliche» Technik-Gadgets zur Verfügung, die jeder für seine Selbstvermarktung braucht. So funktioniert Mark Zuckerbergs Facebook. Dort fühlen sich inzwischen mehr als 800 Millionen Menschen nicht mehr «einsam» und «ausgeschlossen».

«Präemptives Regieren» oder die Ausschaltung der Demokratie

Die Heerscharen von Facebook-Fans und Google-Usern zeigen auch, wie unrealistisch es ist, Kommerzialisierung von Daten durch Gesetze verhindern zu wollen. Kommerzialisierung geschieht ja nicht gegen den Willen der User, sondern, weil sie es so haben wollen. Für Ewgeny Morozow ist hier eine strukturelle Logik am Werk, die mit Kapitalismus und Konsumverhalten zu tun hat. Gestützt auf Voraussagen und Informationsanalysen werden Probleme (soziale Unruhen, politische Krisen) entschärft, bevor es Probleme sind. So wie die NSA Terroristen ausfindig mache, bevor sie Terroranschläge begehen, so handelten andere Behörden nach der gleichen Logik: Leute sollen gesund werden, bevor sie krank sind. Dank der neuen technologischen Infrastruktur werden Probleme im Voraus gelöst, und zwar mittels Anreizen, die neue Verhaltensweisen hervorrufen. Für einen Technokraten ist das eine perfekte Sache. Nicht so für einen Demokraten, der sich denkende Bürger wünscht. Morozow nennt diese Logik «präemptives Regieren». Wenn die BürgerInnen nicht mehr zu wissen brauchen, warum sie etwas zu tun haben, dann wird die Demokratie ausgeschaltet. (FAZ, 24. Juli 2013)

Als Morozow in seinem Buch «Net Delusion» (2011) den Westen vor dem Glauben warnte, Information allein könne autoritäre Regime zu Fall bringen, wurde er von vielen als Kulturpes-

simist verschrien. Seine Aussagen haben sich aber bewahrheitet. Das Internet ist nicht die Wunderwaffe. Das Netz ist ein Instrument mit vielen Funktionen und kann auch der Propaganda, Zensur und Überwachung dienen. Das haben die Entwicklungen in Russland und in den arabischen Ländern gezeigt. Und jetzt haben Snowdens Enthüllungen auch angeblich bestandene Demokratien zurück in die reale Welt geworfen.

Auch die Pressefreiheit unter Druck

Interessant ist auch die folgende Tatsache: Es war kein Blog oder «Bürgerjournalist», sondern ein «altes» Medium, das die Welt in den vergangenen Monate aufgeklärt hat. Die einzigartige Rolle der britischen Tageszeitung «Guardian», die wegen ihrer Zusammenarbeit mit Snowden von der Regierung in London mehrmals schamlos unter Druck gesetzt wurde, macht auch darauf aufmerksam, dass nicht nur die Privatsphäre im Internet bedroht ist. Attackiert wird auch die Pressefreiheit. Eine der Hauptaufgaben der Presse ist, jenen Menschen Öffentlichkeit zu bieten, die vertraulich auf Fehler in ihren Organisationen, Behörden und Unternehmen hinweisen wollen. Diese Leute müssen mit JournalistInnen frei sprechen können, ohne überwacht zu werden. In einem Überwachungsstaat fühlen sich InformantInnen nicht mehr imstande, mit der Presse zu sprechen. Das wiederum verunmöglicht es, JournalistInnen, ihre wichtigste Aufgabe, die Wächterrolle, wahrzunehmen.

Dank Snowdens Enthüllungen reden wir nun endlich über Daten, Freiheit, Sicherheit und über den «Informationskapitalismus». Mit einem Jahrzehnt Verspätung, aber besser als gar nicht. Es wäre deshalb auch falsch, einfach zu kapitulieren, hilflos die Allianz aus Geheimdiensten und IT-Unternehmen zu akzeptieren und in private «Darknets» abzutauchen. Denn der Kampf um das Internet ist noch lange nicht entschieden. «Die elektronische Entwicklung

steckt noch in den Kinderschuhen», meint Sarah Spiekermann. Die Spezialistin für Datenschutz und E-Marketing glaubt: «Wichtige Weichenstellungen, wer wen in welchem Grad überwacht und wie wir selber mit unseren persönlichen Daten zu Markt getragen werden, stehen noch bevor.» Deshalb sind die IT-Monopolisten mit Tausenden von Lobbyisten in Brüssel und Washington präsent. Das «Netz» darf aber nicht einem militärisch-postindustriellen Komplex überlassen werden. Das Internet ist ein öffentliches Gut, Daten und Kommunikation sind keine Waren.

Entscheidend ist der Kontakt zur realen Welt

Das Internet ist aber nicht alles. Der virtuelle Protest bleibt in der virtuellen Welt, wenn er nicht auf dem Tahrir-Platz in Kairo, auf dem Sacharow-Boulevard in Moskau oder in der Wallstreet in New York für die ganze Welt sichtbar wird. «Technik ist nur ein Gerüst, das erst durch die Umwelt, in der es genutzt wird, lebendig wird,» meint Ewgeny Morozow. Der 28-jährige gebürtige Weissrussse gibt der Zivilgesellschaft den Ratschlag, unabhängiger von der Technik zu werden. Technologien verfügbar zu machen, die auch unabhängig von kommerziellen Interessen funktionieren. Nur so bestehe die Möglichkeit, im virtuellen Raum den Kontakt zur realen Welt nicht zu verlieren, welche die Technologien eigentlich verändern wollten.

Nochmals zurück nach Genf im Dezember 2003. Im Gebäude einer ehemaligen Fabrik hatten MedienaktivistInnen einen «Gegengipfel» zum Wsis organisiert. Sie zeigten Projekte, wie AnwenderInnen EntwicklerInnen werden können, wie sie die Kontrolle über die Technologie übernehmen und Programme «gegen den Strom» realisieren können. «Die Menschheit darf sich nicht von Microsoft kolonialisieren lassen», erklärte mir damals ein italienischer IT-Techniker. ●

Roman Berger ist Journalist, er war während vieler Jahre Korrespondent des Tages-Anzeigers in den USA und In Russland. Er ist Mitglied der Redaktionskommission der Neuen Wege. roman-berger@bluewin.ch